

Melanie Mettke

Drogen im Straßenverkehr

Rechtliche Möglichkeiten der Prävention und
Repression unter Berücksichtigung
empirischer Forschungserkenntnisse

Wilhelm Fink Verlag

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG	23
1. Das Thema	23
2. Gang der Untersuchung	23
3. Drogenbegriff	24
ERSTER TEIL: ERKENNTNISSE DER FORSCHUNG ZU AUFTRETENSHÄUFIGKEIT UND GEFÄHRLICHKEIT VON DROGEN IM STRABENVERKEHR	27
§ 1 AUFTRETENSHÄUFIGKEIT VON DROGEN IM STRABENVERKEHR	27
1. Methodischer Zugang	27
1.1 Die Untersuchungsmethode des Roadside Survey	27
1.2 Untersuchungen an Unfallfahrern, verdächtigen Fahrern und Alkoholfahrern	28
1.3 Einfluß des Nachweisverfahrens	29
1.4 Fehlen einheitlicher Untersuchungsstandards	29
2. Ergebnisse der Untersuchungen zur Auftretenshäufigkeit	30
2.1 Ergebnisse der Untersuchungen an Unfall-, Verdächtigen- und Alkoholpopulationen	30
2.1.1 Deutsche Untersuchungen	30
2.1.2 Ausländische Untersuchungen	31
2.1.3 Bewertung	32
2.2 Das Würzburger Roadside Survey	33
§ 2 GEFÄHRLICHKEIT VON DROGEN IM STRABENVERKEHR	37
1. Verursacheranalysen	37
1.1 Methodischer Zugang	37
1.2 Ergebnisse und deren Aussagekraft	37
2. Experimentelle Studien	39
2.1 Methodischer Zugang	39
2.2 Ergebnisse	42
2.2.1 Cannabis	42
2.2.2 Amphetamine	45
2.2.3 Kokain	46
2.3 Aussagekraft	47

2.4 Die eigene Untersuchung	48
3. Einschätzung des Verkehrsgefährdungspotentials anhand des allgemeinen Kenntnisstandes zur psychischen und physischen Wirkungsweise von Drogen	50
3.1 Wirkungen und Nebenwirkungen einzelner Substanzen	51
3.1.1 Cannabis	51
3.1.2 Amphetamine, amphetaminähnliche Stoffe und Kokain	51
3.1.3 LSD	52
3.1.4 Heroin	52
3.2 Verunreinigungen und Unberechenbarkeit des Wirkungsablaufs	53
3.3 Kombinationseinnahme	54
3.4 Der Echorausch	55
3.5 Erfahrungsberichte von Drogenkonsumenten und Unfallschilderungen	56
3.6 Möglichkeit eines kontrollierten Konsumverhaltens	56
ZWEITER TEIL: ANALYTISCHE NACHWEISBARKEIT DES DROGENKONSUMS UND DEREN GRENZEN	59
§ 3 ZEITLICHE GEFAHRENBEREICHE VON DROGEN IM STRABENVERKEHR UND DEREN RECHTLICHE ERFASSUNG	59
§ 4 NACHWEISMETHODEN UND NACHWEISGRENZEN	60
1. Die verschiedenen Untersuchungssubstrate und die jeweiligen Nachweiszeiten	60
2. Nachweisverfahren	63
3. Schwierige Rückrechnung	65
4. Analytische Grenzwerte	66
5. Schwierigkeiten bei der Festsetzung von Gefahrgrenzwerten	66
DRITTER TEIL: FORSCHUNGSERGEBNISSE ZU DEN GENERALPRÄVENTIVEN WIRKUNGSFAKTOREN BEI DROGENFAHRTEN	71
§ 5 BESCHREIBUNG EINER AKTUELLEN UNTERSUCHUNG	71
1. Einordnung und Ziel der Untersuchung	71
2. Methodisches Vorgehen	72
2.1 Auswahl der Untersuchungsgruppe und Ablauf der Untersuchungstermine	72

2.2 Variablenbildung	75
2.3 Gruppenbildung	76
3. Umfang der Stichprobe	77
§ 6 ERGEBNISSE UND INTERPRETATION	78
1. Rangreihe der Substanzen bei den Variablen Normakzeptanz und Entdeckungswahrscheinlichkeit	78
1.1 Normakzeptanz (Verwerflichkeitseinschätzung)	78
1.2 Entdeckungswahrscheinlichkeit	79
2. Untersuchung von Gruppenunterschieden in den Einstellungs- und Wissensstrukturen	79
2.1 Fragestellung und Erläuterung der tabellarischen Darstellung	79
2.2 Ergebnisse zur Normakzeptanz	81
2.2.1 Individuelle Normakzeptanz	81
2.2.2 Normakzeptanz im sozialen Umfeld	82
2.3 Ergebnisse zur Entdeckungswahrscheinlichkeit	83
2.3.1 Subjektive Entdeckungswahrscheinlichkeit (pauschal)	83
2.3.2 Subjektive Kontrolldichte	84
2.3.3 Subjektive Kontrolleffizienz	85
2.4 Tatsächliche Kontrollhäufigkeit	85
2.4.1 Erfahrene Kontrollhäufigkeit in den letzten zwei Jahren	85
2.4.1.1 Median und Mittelwert	85
2.4.1.2 Kontrollhäufigkeit in Abhängigkeit von Alter und Geschlecht, Fahrverhalten und Konsumverhalten	85
2.4.2 Erfahrene Kontrollhäufigkeit bei Alkohol- und Drogenfahrten der letzten zwölf Monate	86
2.4.3 Erfahrene Kontrolleffizienz bei Alkohol- und Drogenfahrten der letzten zwölf Monate	87
2.5 Rechtswissen und subjektive Sanktionsschwere	87
2.5.1 Rechtswissen	87
2.5.2 Subjektive Sanktionsschwere	89
3. Schlußfolgerung	90

VIERTER TEIL: SANKTIONEN FÜR DAS FAHREN UNTER DROGEN IM STRAF- UND ORDNUNGSWIDRIGKEITENRECHT	93
§ 7 ÜBERBLICK ÜBER DAS RECHTLICHE REGELUNGSWERK	93
§ 8 DIE BESTIMMUNGEN DES STRAFGESETZBUCHS	94
1. Die verkehrsspezifischen Straftatbestände gemäß §§ 315 c I Nr.1a, 316 StGB	94
1.1 Das Tatbestandsmerkmal der „anderen berauschenden Mittel“	94
1.2 Das Tatbestandsmerkmal der „Fahrunsicherheit“	94
1.2.1 Wortwahl	94
1.2.2 Definition	95
1.2.3 Absolute und relative Fahrunsicherheit	95
1.2.4 Nachweis der relativen Fahrunsicherheit	97
1.2.4.1 Die in der Rechtsprechung zur Alkoholfahrt entwickelten Grundsätze	97
1.2.4.2 Die Rechtsprechung zum Nachweis der Fahrunsicherheit bei Drogenfahrten	98
1.2.4.3 Medizinische versus juristische Betrachtungsweise	102
1.2.4.4 Praktische Schwierigkeiten beim Nachweis der relativen Fahrunsicherheit	103
1.2.4.5 Bedeutung polizeilicher Dokumentation	104
2. Sonstige strafrechtliche Bestimmungen	105
§ 9 DER ORDNUNGSWIDRIGKEITENTATBESTAND GEMÄß § 24 A II STVG	105
1. Inhalt der Vorschrift	105
1.1 Die erfaßten Substanzen	106
1.2 Erforderlichkeit der Festlegung analytischer Grenzwerte	107
1.3 Ausnahmeregelung für Medikamente	109
1.4 Rechtsfolgen	111
2. Hintergründe der gesetzgeberischen Entscheidung	112
3. Verfassungsrechtliche Kritik an § 24 a II StVG	113
3.1 Verhältnismäßigkeit des Eingriffs in Art. 2 I GG	113
3.1.1 Prüfungsmaßstab: Geeignetheit, Erforderlichkeit, Verhältnismäßigkeit	113
3.1.2 Die „Nullgrenze“ im Lichte des Prinzips der Gefahrenvorsorge	115
3.1.2.1 Voraussetzungen und Grenzen staatlicher Gefahrenvorsorge	115
3.1.2.2 Abwägung	116
3.1.3 Tendenzielle Zurückhaltung des BVerfG bei der Überprüfung gesetzgeberischer Entscheidungen im Bereich des Straßenverkehrsrechts	120

3.2 Keine Verletzung von Art. 3 I GG	120
4. Rechtspolitische Kritik an § 24 a II StVG	123
4.1 Bedenken im Hinblick auf die praktische Durchsetzbarkeit des Verbots	124
4.1.1 Die Anforderungen an die polizeiliche Verdachtsbildung vor und nach Einführung des § 24 a II StVG	124
4.1.2 Die polizeiliche Kontrollpraxis vor und nach Einführung des § 24 a II StVG	126
4.1.3 Generalpräventiv Effekte der „Nullgrenze“	128
4.2 Verkehrsrecht als Mittel der Drogenpolitik?	128
FÜNFTER TEIL: DIE FAHRERLAUBNISRECHTLICHEN FOLGEN DES DROGENKONSUMS	131
§ 10 BEDEUTUNG DER MAßNAHME	131
§ 11 DIE ENTZIEHUNG DER FAHRERLAUBNIS IM VERWALTUNGSVERFAHREN	132
1. Die Eignung zum Führen eines Kraftfahrzeugs	132
1.1 Die gesetzlichen Regelungen nach der Reform des Fahrerlaubnisrechts zum 1.1.1999	132
1.2 Die Auslegung des Eignungsbegriffs bei Drogenkonsumenten	133
1.2.1 Legaldefinition	133
1.2.2 Kriterien der Anlage 4 der FeV	133
1.2.3 Vorgaben der EG-Führerscheinrichtlinie	136
1.2.4 Funktion der Begutachtungsleitlinien „Krankheit und Kraftverkehr“	136
1.2.5 Auslegung der Konsumbegriffe	138
1.2.6 Gegenüberstellung der Vorgaben der FeV für die Eignungsbeurteilung bei Alkoholkonsumenten	140
1.2.7 Vorgaben der Rechtsprechung	141
1.2.7.1 Forderung nach Unfähigkeit zur Trennung von Konsum und Fahren auch bei regelmäßigen Cannabiskonsumenten	141
1.2.7.2 Sonstige Aspekte	143
1.3 Verfassungsrechtliche Gesichtspunkte: Überprüfung der FeV am Maßstab der Ermächtigungsgrundlage und Vorschläge für eine einschränkende Auslegung	144
1.3.1 Auslegung der Ermächtigungsgrundlage des § 6 I Nr. 1c StVG	144
1.3.2 Kritische Würdigung der Behandlung von Cannabis	144
1.3.3 Kritische Würdigung der Behandlung sonstiger Betäubungsmittel	146
1.3.4 Vorschläge für eine einschränkende Auslegung der Vorgaben der FeV	146

2. Das Verfahren zur Feststellung der Eignung	147
2.1 Kenntnis der Fahrerlaubnisbehörden von Drogenkonsum-Vorfällen	147
2.2 Allgemeine Grundsätze der Begutachtungsanordnung: Kostentragung, Folgen verweigerter Mitwirkung, Folgen rechtswidriger Begutachtung	150
2.3 Inhalt und Voraussetzungen der Begutachtungsverfahren nach der FeV	152
2.3.1 Übersicht	152
2.3.2 Das ärztliche Gutachten	153
2.3.3 Die medizinisch-psychologische Untersuchung (MPU)	154
2.3.4 Überprüfung der Vorgaben der FeV zur Auswahl der Begutachtungsverfahren und Vorschläge für eine einschränkende Auslegung	156
2.3.4.1 MPU bei gelegentlicher Einnahme von Cannabis gemäß § 14 I S. 4 FeV	157
2.3.4.2 Unstimmigkeiten hinsichtlich der Voraussetzungen eines ärztlichen Gutachtens bei Cannabiskonsumenten	157
2.3.4.3 MPU zur Feststellung des Nichtfortbestehens von Drogenabhängigkeit oder -- einnahme gemäß § 14 II Nr. 1, 2 FeV	158
2.3.4.4 Drogenbesitz als ausreichendes Indiz für die Anordnung eines ärztlichen Gutachtens gemäß § 14 I S. 2 FeV	159
3. Beurteilung der Ungleichbehandlung von Alkohol- und Drogenkonsumenten im Fahrerlaubnisrecht im Hinblick auf Art. 3 I GG	160
3.1 Das Ausmaß der Ungleichbehandlung	160
3.2 Fehlen eines ausreichenden Differenzierungsgrundes	161
§ 12 DIE ENTZIEHUNG DER FAHRERLAUBNIS IM STRAFVERFAHREN	165
1. Anlaßtat	165
2. Regelvermutung für die Nichteignung bei strafrechtlich relevanten Drogenfahrten gemäß § 69 II StGB	166
3. Dauer der Entziehung	167
4. Vorläufige Entziehung gemäß § 111 a StPO	168
5. Verhältnis zwischen verwaltungsgerichtlicher und strafgerichtlicher Entziehung der Fahrerlaubnis	169
6. Verhältnis zwischen strafgerichtlicher Entziehung nach §§ 69, 69 a StGB und Fahrverbot gemäß § 44 StGB	170

SECHSTER TEIL: PRAKTISCHE UND RECHTLICHE PERSPEKTIVEN DES EINSATZES VON DROGENSCHNELLESTGERÄTEN	171
§ 13 CHANCEN UND GRENZEN POLIZEILICHER SCHULUNGSPROGRAMME	171
1. „Drug Recognition Evaluation“: Erfahrungen aus den USA und ihre Übertragbarkeit auf deutsche Verhältnisse	171
2. Inhalt und Perspektiven des deutschen Schulungsprogramms	172
§ 14 PRAKTISCHE ASPEKTE DES VERKEHRSPOLIZEILICHEN EINSATZES VON DROGENSCHNELLESTGERÄTEN	175
1. Die derzeit vorhandenen Testgeräte –Stand der Forschung, Aussagekraft und Tauglichkeit für den verkehrspolizeilichen Einsatz	175
2. Unterscheidung zwischen mitwirkungsabhängigen und mitwirkungsunabhängigen Testverfahren	177
§ 15 DIE EINSATZMÖGLICHKEITEN VON DROGENSCHNELLESTGERÄTEN NACH DEM GELTENDEN RECHT	178
1. Vorüberlegung: präventive und repressive Zielsetzung des Einsatzes	178
2. Einsatz der Testgeräte als repressive Maßnahme: rechtliche Schranken und verbleibender Nutzen	179
3. Rechtliche Grundlagen für den Einsatz der Testgeräte als präventive Maßnahme	180
3.1 Maßnahmen zur Kontrolle der Verkehrstüchtigkeit nach § 36 V StVO	180
3.2 Befugnisse aus den allgemeinen Polizeigesetzen	182
3.2.1 Der Begriff der konkreten Gefahr als Voraussetzung für präventiv-polizeiliche Eingriffsmaßnahmen	182
3.2.2 Der Testeinsatz als Gefahrerforschungseingriff	184
3.2.3 Der Begriff des Gefahrenverdachts als Voraussetzung der Gefahrerforschungsbefugnis nach der polizeilichen Generalklausel	184
3.2.4 Dogmatische Ansätze zur Legitimation von Gefahrerforschungsmaßnahmen unterhalb der Schwelle eines Gefahrenverdachts	187
3.2.5 Umfang der Mitwirkungspflichten des Fahrers bei der polizeilichen Gefahrerforschung	189
3.2.6 Reaktionsmöglichkeiten bei Mitwirkungsverweigerung	190
3.2.6.1 Einsatz polizeilicher Zwangsmittel untauglich	191

3.2.6.2 Unterbindung der Weiterfahrt	192
3.2.7 Mitwirkungsverweigerung als Verdachtsindiz?	193
3.2.8 Die Verwirklichung der präventiven Zwecksetzung: Maßnahmen zur Unterbindung der Weiterfahrt	195
3.2.9 Fazit	196
§ 16 ENTWURF EINER EIGENSTÄNDIGEN RECHTSGRUNDLAGE FÜR DEN VERKEHRSPOLIZEILICHEN EINSATZ VON SCHNELLTESTGERÄTEN	198
1. Einbeziehung der Atemalkoholkontrollen	198
2. § 36 StVO als geeigneter Regelungsrahmen	198
3. Die Ermächtigungsgrundlage gemäß § 6 I Nr. 3 StVG	199
4. Inhalt einer spezialgesetzlichen Grundlage für den Einsatz von Schnelltestgeräten am Maßstab des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	199
4.1 Der Testeinsatz im Spannungsfeld zwischen Kontrolleffizienz und Freiheitsinteressen der Fahrer	199
4.2 Übersicht über mögliche Regelungen anhand eines Drei-Stufen-Modells	199
4.2.1 Forderung nach konkreten tatsächlichen Indizien einer Drogenbeeinflussung	200
4.2.2 Verzicht auf jegliche Anforderungen an den Untersuchungsanlaß	200
4.2.3 Anknüpfung an bestimmte verkehrsrelevante Sachverhalte, in denen nach allgemeinen Erfahrungssätzen Drogen eine Rolle spielen können	200
4.2.4 Tabellarischer Überblick	201
4.3 Kriterien der Verhältnismäßigkeitsprüfung	201
4.3.1 Aussagekraft der Verfahren	202
4.3.2 Zeitliche Dauer	202
4.3.3 Hygieneaspekte und körperliche Intimsphäre	202
4.3.4 Illegalität der Substanz und Prävalenz in der Bevölkerung	203
4.4 Fazit	205
4.4.1 Zulässigkeit verdachts- und ereignisunabhängiger Atemalkoholkontrollen	205
4.4.2 Zulässigkeit verdachtsunabhängiger, aber ereignisabhängiger Drogenschnelltestverfahren	205
4.5 Die präventive Zwecksetzung der Schnelltestverfahren und die daraus folgenden Schwierigkeiten in Unfallsituationen	207
4.6 Regelungsvorschlag	208

5. Regelungsbedarf für den Fall der Mitwirkungsverweigerung bei den mitwirkungsabhängigen Testverfahren	209
§ 17 FOLGEN EINES POSITIVEN TESTERGEBNISSES	210
1. Beweisrechtliche Bedeutung des Testergebnisses für ein Ordnungswidrigkeiten- bzw. Strafverfahren	210
1.1 Drogentestergebnis	210
1.2 Atemalkoholtestergebnis	210
2. Bedenken gegenüber der Verwertung des präventiv gewonnenen Testergebnisses für ein Ordnungswidrigkeiten- bzw. Strafverfahren	211
2.1 Die Frage der strafprozessualen Verwertbarkeit präventiv gewonnener Erkenntnisse und ihre Bedeutung für straßenverkehrsrechtliche Schnelltestverfahren	212
2.1.1 Umgang mit dieser Frage in zwei BGH-Entscheidungen	213
2.1.2 Strafprozessuale Informationsverwertung als selbständiger Grundrechtseingriff	214
2.1.3 Gesetzliche Legitimation des verwertungsbedingten Eingriffs: der Grundsatz der Zweckbindung	215
2.1.4 Konsequenzen für die Verwertbarkeit straßenverkehrsrechtlicher Schnelltestergebnisse	216
2.1.4.1 Verwertungsbedingter Grundrechtseingriff	216
2.1.4.2 Zweckbindung nach der präventiven Befugnisnorm	217
2.2 Verfassungsrechtliches Verwertungsverbot aus dem Nemo-tenetur-Grundsatz	219
2.2.1 Gesetzliche Fixierung und verfassungsrechtliche Zuordnung des Grundsatzes	219
2.2.2 Problemaufriß	221
2.2.3 Umgang der Rechtsprechung mit außerstrafrechtlichen, verbalen sowie non-verbalen, Mitwirkungspflichten	222
2.2.3.1 Die Konfliktlage bei außerstrafrechtlichen Mitwirkungspflichten	222
2.2.3.2. Die Urteile	222
2.2.4 Bedeutung des Nemo-tenetur-Grundsatzes für ordnungswidrigkeitenrechtliche Folgen	225
2.2.4.1 Meinungsstand	225
2.2.4.2 Unterschiede im straf- und ordnungswidrigkeitenrechtlichen Sanktionensystem	226
2.2.4.3 Einfluß der verfassungsrechtlichen Begründungsansätze	227
2.2.5 Bedeutung des Nemo-tenetur-Grundsatzes für fahrerlaubnisrechtliche Folgen	230

2.2.5.1	Natur des fahrerlaubnisrechtlichen Verfahrens in Abgrenzung zum Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren	230
2.2.5.2	Einfluß der verfassungsrechtlichen Begründungsansätze	230
2.2.5.3	Beschränkung des Schutzbereichs von Nemo-tenetur auf staatliche Sanktionsverfahren	231
2.2.6	Bedeutung des Nemo-tenetur-Grundsatzes bei non-verbalen Mitwirkungspflichten	233
2.2.6.1	Schutzbereichsrelevante Unterschiede zwischen verbaler und non-verbaler Mitwirkung	233
2.2.6.2	Grenzen der verfassungsrechtlichen Begründungsansätze	235
2.2.7	Bedeutung der präventiven Legitimation	236
2.2.8	Weitere Abwägungskriterien	238
2.2.9	Ergebnis	240
2.3	Keine Umgehung des strafprozessualen Anfangsverdachts	240
§ 18 RECHTLICHE REAKTIONSMÖGLICHKEITEN IM FALL DER MITWIRKUNGSVERWEIGERUNG		242
1.	Maßnahmen zur Unterbindung der Weiterfahrt	242
1.1	Bedeutung der Mitwirkungsverweigerung bei den verdachtsabhängigen Untersuchungen	242
1.2	Bedeutung der Mitwirkungsverweigerung bei den ereignisabhängigen Untersuchungen	243
1.3	Bedeutung der Mitwirkungsverweigerung bei den weder verdachts- noch ereignisabhängigen Untersuchungen	244
1.4	Zulässigkeit einer spezialgesetzlichen Befugnis zur Unterbindung der Weiterfahrt in allen Fällen der Mitwirkungsverweigerung	244
1.5	Regelungsvorschlag	245
2.	Verhängung eines Bußgelds	245
2.1	Bußgeldbemessung	245
2.2	Regelungsvorschlag	246
3.	Verhängung eines Fahrverbots	247
3.1	Aufnahme eines Regelfahrverbots bei Mitwirkungsverweigerungen in den Bußgeldkatalog nach Maßgabe von § 25 I S. 1 StVG	248

3.2 Einfügung eines neuen gesetzlichen Regelfahrverbots für Mitwirkungsverweigerungen in den § 25 I S. 2 StVG	250
3.3 Regelungsvorschlag	251
4. Fahrerlaubnisrechtliche Folgen	251
4.1 Weigerung als Indiz für charakterlichen Eignungsmangel?	252
4.2 Weigerung als Anlaß für die Einleitung eines Begutachtungsverfahrens	252
5. Blutentnahme als Ersatzmaßnahme im Weigerungsfall	254
5.1 Gesetzestechnische Regelungsmöglichkeiten	254
5.2 Verfassungsrechtliche Fragestellung	254
5.3 Notwendigkeit einer gesetzlichen Grundlage	257
5.4 Regelungsvorschlag	260
6. Abschließende Bewertung	260
7. Zusammenfassung der Regelungsvorschläge für gesetzliche Neuregelungen bei den Atemalkohol- und Drogenschnelltests	261
 SIEBTER TEIL: DER UMGANG MIT DEM THEMA „DROGEN IM STRAßENVERKEHR“ IN ANDEREN EUROPÄISCHEN LÄNDERN	 263
 § 19 ÜBERBLICK: EINHEITLICHES INTERESSE, UNTERSCHIEDLICHE REGULATIONSANSÄTZE, WENIGE „NULLGRENZEN“	 263
 § 20 SANKTIONEN, FAHRERLAUBNISRECHTLICHE FOLGEN UND POLIZEILICHE KONTROLLPRAXIS IN DER SCHWEIZ: GELTENDE RECHTSLAGE UND GEPLANTE REFORMEN	 266
1. Überblick über die maßgeblichen Gesetze	266
2. Tabellarische Übersicht zu Sanktionen und fahrerlaubnisrechtlichen Folgen	267
3. Sanktionen für das Fahren unter Alkohol und unter Drogen	268
3.1 Geltende Rechtslage: Ahndung von Drogenfahrten verlangt Nachweis der Fahrfähigkeit	268
3.2 Grenzwertregelung für Alkohol: Geltende Rechtslage und geplante Reform	268
3.3 Reformentwurf: Grenzwerte für Drogen und Medikamente	269
3.4 Sanktionen für Alkohol- und Drogenfahrten im Vergleich	270
3.4.1 Geltende Rechtslage	270
3.4.2 Reformentwurf	271
4. Fahrerlaubnisrechtliche Folgen des Drogenkonsums	271

4.1 Entziehung des Führerausweises wegen Verkehrsteilnahme unter Substanzeinfluß („Warnungsentzug“)	272
4.1.1 Geltende Rechtslage – Vergleich der Behandlung von Alkohol und Drogen	272
4.1.2 Reformentwurf	273
4.2 Entziehung des Führerausweises wegen Drogenkonsums unabhängig von der Verkehrsteilnahme („Sicherungsentzug“)	273
4.2.1 Geltende Rechtslage	273
4.2.2 Reformentwurf	274
5. Verkehrspolizeiliche Kontrollbefugnisse	274
5.1 Polizeiliche Kontrollbefugnisse zur Entdeckung von Alkoholfahrern	275
5.1.1 Geltende Rechtslage	275
5.1.1.1 Anhalten des Fahrers	275
5.1.1.2 Voraussetzungen für Atem- und Blutproben nach Art. 138 VZV und Weigerungsfolgen	275
5.1.1.3 Verfahren der Blutentnahme und –analyse	276
5.1.2 Reformentwurf: Einführung verdachtsfreier Atemalkoholkontrollen und verschärfte Weigerungsfolgen	276
5.2 Polizeiliche Kontrollbefugnisse zur Entdeckung von Drogenfahrern: Reformentwurf	277
5.2.1 Voraussetzungen für Schnelltests und Blutentnahmen sowie Weigerungsfolgen	278
5.2.2 Verfahrensvorschriften zur Probenentnahme und –analyse	278
5.3 Einsatz von Drogenschnelltests und polizeiliche Ausbildung	279
6. Abschließende Bemerkung	279
§ 21 SANKTIONEN, FAHRERLAUBNISRECHTLICHE FOLGEN UND POLIZEILICHE KONTROLLPRAXIS IN ÖSTERREICH	281
1. Überblick über die maßgeblichen Gesetze	281
2. Tabellarische Übersicht zu Sanktionen und fahrerlaubnisrechtlichen Folgen	282
3. Sanktionen für das Fahren unter Alkohol und unter Drogen	283
3.1 Ahndung von Drogenfahrten verlangt Nachweis einer Beeinträchtigung	283
3.2 Sanktionierung von Alkoholfahrten im Vergleich	284
3.3 Ergänzende Bestimmungen des allgemeinen Strafrechts	284
4. Fahrerlaubnisrechtliche Folgen des Drogenkonsums	285
4.1 Entzug der Lenkberechtigung wegen Verkehrsteilnahme unter Substanzeinfluß	285

4.2 Entzug der Lenkberechtigung wegen Drogenkonsums ohne konkreten Verkehrsbezug	285
4.3 Wiedererteilung	286
4.4 Geplante Reformierung des FSG	286
5. Verkehrspolizeiliche Kontrollbefugnisse	287
5.1 Voraussetzungen für Atemproben, Blutproben und ärztliche Untersuchung sowie Weigerungsfolgen	287
5.1.1 Untersuchung auf Alkohol	287
5.1.2 Untersuchung auf Drogen	289
5.2 Verhinderung der Weiterfahrt	290
6. Einsatz von Drogenschnelltests und polizeiliche Ausbildung	290
7. Abschließende Bemerkung	290
§ 22 SANKTIONEN, FAHRERLAUBNISRECHTLICHE FOLGEN UND POLIZEILICHE KONTROLLPRAXIS IN ENGLAND	292
1. Überblick über die maßgeblichen Gesetze	292
2. Tabellarische Übersicht zu Sanktionen und fahrerlaubnisrechtlichen Folgen	292
3. Sanktionen für das Fahren unter Alkohol und unter Drogen	293
4. Fahrerlaubnisrechtliche Folgen des Drogenkonsums	294
4.1 Entziehung der Fahrerlaubnis wegen Verkehrsteilnahme unter Substanzeinfluß	294
4.2 Entziehung der Fahrerlaubnis wegen Drogenkonsums unabhängig von der Verkehrsteilnahme	295
5. Die verkehrspolizeilichen Kontrollbefugnisse	295
5.1 Verdachtsloses Anhalten	296
5.2 Voraussetzungen für Atemtests zur Voruntersuchung und Weigerungsfolgen	296
5.3 Voraussetzungen für beweissichere Atemtests, Blut- und Urinproben sowie Weigerungsfolgen	297
6. Einsatz von Drogenschnelltests, polizeiliche Ausbildung und abschließende Bemerkung	298
ACHTER TEIL: ZUSAMMENFASSUNG	301
ANHANG I: Fragebögen	

ANHANG II: Tabellen

ÜBERSICHT

A Tabellen zur Prävalenz des Mischkonsums (§ 2, 3.3)

B Tabellen zu Einstellungs- und Wissensstrukturen (§§ 5, 6)

ANHANG III: Polizeilicher Beobachtungsbogen

ANHANG IV

A Gesetzesvorschriften der Schweiz

B Gesetzesvorschriften aus Österreich

C Gesetzesvorschriften aus England

LITERATURVERZEICHNIS